

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ansehnlich Anzeigengeld. Belegungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen hat unentgeltlich eingehende Manuskripte und keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der „Saale-Pl.“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Bezugspreisstelle (Markt 4) Nr. 226b.

Saale-Beitung.

Verleger: J. J. J.

werden die Spaltenzahl über dem Raum mit 30 Pfg. folde aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Seite 75 M.

Erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntage und Montage einmal, Sonntage zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Abendschließstelle: Markt 24.

Nr. 439.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 19. September

1906.

Bezugs-Einladung.

Anlässlich des bevorstehenden Quartalswechsels laden wir zum Abonnement auf die

Saale-Zeitung

Höflichst ein. Unsere Zeitung bedarf einer Darlegung ihres Programms oder Anpreisung ihres Inhaltes nicht. Sie ist anerkanntermaßen seit Jahrzehnten eine große und selbständige, von keiner Partei abhängige und von jeder für die Zusammenfassung aller liberalen Elemente eintretende Provinzzeitung, die, wie nur wenige derartige Blätter, in mehr als einer Beziehung den Vergleich mit der reichshauptstädtischen Presse aushalten kann.

Im kommenden Quartal beginnt wieder das parlamentarische Leben, über dessen Begebenheiten von uns auf schnellstem Wege, zuverlässig und zweckmäßig berichtet wird. Freimütige doch vornehme Stellungnahme zu allen politischen Vorgängen des In- und Auslandes werden der „Saale-Zeitung“ wie bisher ihre hervorragende Stellung unter den politischen Zeitungen Deutschlands bewahren. Ein ausgedehnter Redaktionsapparat und umfangreicher Nachrichtenendienst leisten für vollständige, zuverlässige und schnelle Bearbeitung aller Ereignisse in Stadt und Provinz Gewähr. Nicht Sensations- und Popularitätshascherei, sondern Objektivität und Gerechtigkeit bilden die Richtschnur!

Besondere Sorgfalt wird auf den **Handelsteil** verwendet, der stets bereits in der Abendausgabe die Nachmittags-Kurze und sonstigen Nachrichten der Berliner und Leipziger Börsen bringt. Ein erschöpfender Wochenbericht bietet eine gut orientierende Übersicht und Ergänzung der sonstigen umfangreichen Mitteilungen über alle wichtigen Ereignisse des Industrie- und Geldmarktes.

Die **tägliche Unterhaltungsbeilage** bringt neben einer Fülle von Novellen, Plaudereien und Essays eine Reihe von Romanen erster Autoren. An den jetzt erscheinenden, mit so großem Beifall aufgenommenen Roman „**Funken unter der Asche**“ von M. Prohnik wird sich sein neuer Ortmann“:

„Versteigerte Pippen“

ein Roman, der als eines der besten Werke des allbekanntesten und beliebtesten Schriftstellers angeprochen werden darf, anschließen. Das Feuilleton, Theater, Musik, Literatur und Kunst werden wie bisher ganz besonders gepflegt werden. Eine Sonntagsbeilage: „**Blätter fürs Haus**“ sorgt für Belehrung auf den Gebieten von Haus und Garten.

So ist die **Saale-Zeitung**, die täglich zweimal erscheint, ein großes und reichhaltiges und doch billiges Blatt, das an Zuverlässigkeit und Gediegenheit von keiner anderen Zeitung Mitteldeutschlands übertroffen wird. Im Inseratenteil erfolgt die Veröffentlichung aller amtlichen Bekanntmachungen der Behörden.

Der vierteljährliche Abonnementpreis für die „Saale-Zeitung“ mit Einschluß sämtlicher Beilagen beträgt bei unseren Geschäftsstellen und auswärtigen Filialen 2,50 M. bei täglich einmaliger, 2,75 M. bei zweimonatlicher Zustellung, bei allen Kaiserlichen Postämtern 3,25 M. Jetzt nur hinunterführende Abonnenten erhalten die „Saale-Zeitung“ bis zum Ende dieses Monats kostenfrei geliefert.

Verlag der Saale-Zeitung.

Krisen in Spanien.

Nach den neuesten Meldungen aus Madrid soll das Kabinett wegen seiner wirtschaftspolitischen Differenzen mit dem Cortes in der Frage des französisch-spanischen Handelsvertrages zum Rücktritt veranlaßt werden. Spanien hatte bekanntlich einen Geschäftsschlusssatz aufgestellt, der bei allen Mächten, die mit der Aussenmacht in Handelsbeziehungen stehen, die höchste Achtung erfuhr. Da der spanische Wirtschaftspolitik mit einem Rücktritt an wesentlicher gebührt war, unternahm es das liberale Ministerium offenbar, von dem aufgestellten Postulate beträchtliche Abstriche zu machen und schließlich zunächst den Handelsvertrag mit der Schweiz, dem nun der mit Frankreich folgte. Es ist noch nichts über die

tarifarischen Abmachungen der beiden Beträge bekannt, aber die Nachricht, daß die Stellung des Ministeriums nach Abschluß der französisch-spanischen Vereinbarung erschüttert sei, läßt den Schluss zu, daß in die von dem Cortes gewünschte Tarifpolitik durch den Vertrag eine Wende gelegt worden ist, so daß es zweifelhaft erscheint, ob die Cortes zur Genehmigung der Abmachung schreiten werden.

Die wirtschaftspolitische Krise, die Spanien augenblicklich durchmacht, ist nicht die einzige. Reformen auf den mannigfachen Gebieten tun not. Wo aber wäre Zeit langem eine entscheidendere Reformpolitik am Platze, als auf dem Gebiete des Menschenlebens und der höchsten Beförderung des bürgerlichen Lebens. Spanien steht in kultureller Beziehung noch tief im Gewande des Mittelalters. Vergebens haben die

Liberalen versucht, dem spanischen Ordenswesen, der spanischen Kirchenvorherrschaft ein souveränes Staatswesen entgegenzusetzen. Nachten liberale Kabinette in dieser Hinsicht einen Schritt vorwärts, so hoben die folgenden liberalen und konservativen Regierungen die fortschrittlichen Bestimmungen wieder auf, so daß das bedauernswerte Volk zwischen Fortschritt und Reaktion hin und hergeworfen wurde, ohne den geringsten Weg einer einseitigen Fortentwicklung zu erlangen. Die Situation wird dadurch kompliziert, daß der ursprünglich vollständig unter ultramontanem Einfluß erzeugte König nun nach seiner Verheiratung mit der römischen Prinzessin Beatrice eine in liberalen Traditionen erzogene Gemahlin und eine in römischen Geistes vollständig aufgewachsene Mutter zur Seite hat. Man kann sich denken, daß dadurch am Hofe selbst eine eigenartige Zweifelhäftigkeit sich entwickelt, die für das Land von folgenreicher Bedeutung nach mancher Hinsicht werden muß.

Schon jetzt ist, nachdem der spanische Hof und die spanische Regierung kaum den ersten Anlauf gemacht haben, um mittels geringfügiger Reformen dem Staatswesen zu einer größeren Bedeutung gegenüber der priesterlichen Macht zu verhelfen, ein heftiger Konflikt mit der römischen Kurie und dem spanischen Episkopat entbrannt. Die Wiedereröffnung der Zivilehe, die der Minister am 19. August verfügte und die König Alfons sanktionierte, hat in den Kreisen des spanischen Klerus einen heftigen Sturm erregt, und eine Art kleinen Kulturkampfes geschaffen, dessen Ausgang noch völlig zweifelhaft ist. Schon das bürgerliche Gesetzbuch Spaniens enthielt im Artikel 42 die Zulässigkeit der Zivilehe neben der kanonischen Ehe. Dieser Artikel wurde auf Betreiben der Geistlichkeit durch den liberalen Justizminister Dabido im Jahre 1900 dahin interpretiert, daß vor Abschluß der Zivilehe die Schließung einer kanonischen Ehe für alle Katholiken unumgänglich ist. Diejenigen, welche nur eine bürgerliche Ehe zu schließen beabsichtigten, hätten den schriftlichen Beweis zu erbringen, daß sie nicht Mitglieder der katholischen Kirche seien. Damit war in der Praxis die Zivilehe zur Unmöglichkeit gemacht. Nach fünfjährigen Verhandlungen gelang es dem Liberalen, die Aufhebung der Verpflichtung Dabidos zu erwirken, so daß nunmehr die staatliche Gleichberechtigung ihre völlige Gleichberechtigung neben der kanonischen erlangt hat. Bringt dieser Zustand natürlich noch keineswegs eine Lösung der Frage zugunsten des Staates, die allein in einer obligatorischen Zivilehe besteht, so bedeutet er doch eine Enttarnung der absoluten liberalen Herkunft über die bürgerliche Welt bis zu einem gewissen Grade und ist immerhin von Bedeutung für die künftigen Einrichtungen. Aber die geringfügige Reform verurteilt in allen bürgerlichen Kreisen eine gewaltige Erregung, sie führte zu einer systematischen Hege gegen den Justizminister Romanos, gegen den mit allen Mitteln der priesterlichen Agitation vorgegangen wurde. Der Vorkämpfer der Liberalen war dabei der Bischof von Tui, der die Zivilehe als Kontinuität verurteilte, wobei er von den Bischöfen von Saragoja, Tortosa und Cadix mit Hintersätzen unterstützt wurde, die die Gläubigen zur Nichtachtung der liberalen Gesetze aufriefen. Freilich kündigte daraufhin Graf Romanos an, daß er bei der Fortdauer der bischöflichen Kampagne gegen den Staat das Konfiskat zu kündigen beabsichtige, aber er hat dabei wohl seine Kräfte überschätzt, denn die Erneuerung Dabidos zum spanischen Vorkämpfer beim Vatikan ist vielleicht ein Zeichen, daß König Alfons ein Weiterumwälzen des Konfliktes zu vermeiden wünscht, wobei möglicherweise Dabido die Aufgabe zufallen soll, den Papst in der Weise zu beiraten, daß er dem bischöflichen Widerstand seine Sanction entzieht. Doch ist nicht anzunehmen, daß der Vatikan sich zu einer solchen Aktion bereit finden läßt.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Berliner Plauderei.

Man ist nervös geworden in unserer Zeit des kolonialen Panama, wittert in jeder Karmosinigkeit Lug, Korruption und Selbstbereicherung und schnüffelt mit rastloser in alle öffentlichen Verwaltungszweige, um auf das unbestimmteste Wertmal hin zu jetzern: Tippelektrode! Gegen einen unserer bekanntesten Berliner Professoren, eine obernärztliche Kapazität von Range des Dr. Kurt Hartmann war eine schwere Beschuldigung erhoben unter der Spitzmarke: „Ein Boddielektro in der Stadtkernalkung.“ Genannter Professor, der gleichzeitig Mitglied unserer Schul-Deputation ist, ward jüngst zum Leiter der Hals-, Hals- und Ohren-Abteilung im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus ernannt. Zugleich befehligte man ihn, das Instrumentarium seines Kabinetts von dem Medizinischen Warenhaus zu besorgen zu haben, dessen Aufsicht er angeht. Desgleichen erregte es Aufsehen, daß der arme Professor, als hiesiger Leihhaber einer gewissen Behnittelhandlung, Mitglied der hiesigen Schulverwaltung ist. Das könnte doch unheimlich sein. Da nun glücklicherweise nicht alle Bürger des deutschen Vaterlandes ausgehende Schurken sind, so dürfte man in diesem Falle wirklich von einer bloßen Schwarzseherei sprechen, und unser Oherenprofessor ging aus der Affäre rein hervor, wie nur je ein Gato. Auf die Beschuldigungen hat er nicht den geringsten Einfluß: bei dem Medizinischen Warenhaus habe sich, ohne sein Zutun, Instrumente im Werte von nur zwei tausend Mark gekauft worden, während die Gesamtaufträge für das Kranken-

haus-Instrumentarium sich auf eine Viertelmillion Markt belaufen.

Diese Summe mag ein Bild von dem Umfange des Rudolf-Wirchow-Krankenhaus geben, das am ersten Oktober ohne jede Feierlichkeit eröffnet werden soll. Es ist eine Institution, auf die Berlin mit Zug und Recht stolz sein darf; sie kann als Lebenswichtigste ersten Ranges gelten. Noch nie habe ich einen Anstalt von derart riesigen Dimensionen gesehen, man kann bei den 62 Säulern, die sie umfaßt, geradezu von einer Kranenstadt sprechen. Zweckmäßig angelegt und künstlerisch ausgeführt, macht die Anstalt, die sich über ein Gelände von hundert Morgen Grundfläche erstreckt, einen imposanten Eindruck. Sie enthält vierhundert Krankenzimmer, die durchweg freundlich und anmutend ausfallen und keine gesundheitswidrigen Staubfänger enthalten. Mit hellen Fliesen ist der Fußboden belegt, und die sauberen, aparten Reformbetten versehen mit dem traureigen Zweck, dem sie dienen sollen. Die Krankenstube verfügt über ein eigenes Fenster, eine Zentrale zur Erzeugung von Licht, Eis und warmem Wasser und eine große Wasch- und Wässranstalt. Natürlich fehlt es nicht an einem Wadaehaus, einer musterhaft eingerichteten Apotheke, einem Montagenhaus, einem Jena-Laboratorium und an dem Wichtigsten — der Küche. In dieser Hinsicht dürfte können täglich Speisen für dreitausend Personen hergerichtet werden. Dem Dienste der Kranken widmen sich hundert Ärzte und sechshundert Wärter und Schwestern. Die Gesamtanlage kostete neunzehn Millionen.

Wahrlich, dem großen Förderer und unerlässlichen Gelehrten konnte sich ein ebendieser, herrlicherer Denkmahl gestellt werden, als dieses Institut, dem täglich ähnliches zur Seite gestellt werden kann. Was gilt dagegen aller Marmor der Welt!

Müßte gerade jetzt, da dieses Haus für die Kranken die Bewunderung erregt, der Magistrat von Berlin eine Verfügung gegen die Kranken erlassen. Unsere hiesigen Arbeiter, die mindestens fünf Jahre hindurch im Dienst stehen, erhalten jährlich einen Urlaub von einer Woche, unter Fortzahlung des Lohnes. Eine Vergütung, die dem Geiste sozialen Fortschrittes entspricht. Nun kommt plötzlich der Magistrat mit dem Uraß, daß denjenigen Arbeitern, die in der laufenden Urlaubperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit vom Dienst befreit gewesen sind, der Urlaub gestrichen wird — sofern die Krankheit eine Schwächung des körperlichen Gesamtbestandes nicht zur Folge hatte. Gegen diese, vom Geist des Nachschritts diktierte Verfügung hat sich ein Sturm der Entrüstung erhoben. Nicht nur die freimütigen Blätter machen energisch Front dagegen; sondern auch die Kraft gewesenen Leute am dringendsten der Erholung. Ich glaube nicht, daß unter Bürgern der Reichs, der sich bisher als ein gar menschenfreundlicher Herr gegeben, die Verurteilung leichter Herzen unterschrieben hat. Jedenfalls werden unsere Stadtvordemten dem rück-schrittlichen Magistrat deutlich und energisch zu Leibe gehen.

Die magistralische Krabbinelle ist um so unverständlicher, als sich die Finanzen der Stadt in einer außerordentlich guten Lage befinden; sie haben sich in den letzten Jahren stetig in aufsteigender Linie entwickelt. Das letzte Etatsjahr schließt für die Berliner Gemeindeverwaltung mit einem Nettoüberschuß von 11½ Millionen Markt ab, während er sich ein Jahr zuvor auf 10 Millionen belief. Bei dieser günstigen Finanzlage muß es wundernehmen, daß man sich im roten Haus gar so sehr auf Erhebung neuer Steuern versteht, die eine hochgradige Unbeliebtheit auf sich verdienen.

Zunehmend werden Protestmeetings gegen die Luftbarkeit der neuen, die der Magistrat plant, veranstaltet.

